

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:436773-2013:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Freiburg im Breisgau: Projektmanagement im Bauwesen  
2013/S 249-436773**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Land Baden-Württemberg, vertreten durch Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Umwelt, Referat 53.3 –  
IRP

Bissierstraße 7

Zu Händen von: Eric Schildwächter

79114 Freiburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 7612084925

E-Mail: [eric.schildwaechter@rpf.bwl.de](mailto:eric.schildwaechter@rpf.bwl.de)

Fax: +49 7612084399

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.vof.istw.de>

**Weitere Auskünfte erteilen:**

ISTW Planungsgesellschaft mbH

Franckstraße 4

Zu Händen von: Thilo Seitz

71636 Ludwigsburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de)

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen  
Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:**

ISTW Planungsgesellschaft mbH

Franckstraße 4

Zu Händen von: Thilo Seitz

71636 Ludwigsburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de)

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

## **Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**  
Leistungen der Projektsteuerung für den Rückhalteraum Weil – Breisach
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**  
Dienstleistungen  
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen  
NUTS-Code DE13
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**  
Der Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Iffezheim durch Staustufen führte auf dem Abschnitt zwischen Breisach und Iffezheim zu einem Verlust von 130 km<sup>2</sup> Überschwemmungsflächen mit der Folge, dass Rheinhochwasser heute schneller und höher ablaufen und sich zudem ungünstiger mit den Hochwasserwellen der Nebenflüsse überlagern. Während für die ausgebaute Strecke aufgrund des für die baulichen Anlagen ausgewählten Bemessungshochwassers ein sehr hoher Hochwasserschutz erreicht wurde, hat sich für die Rheinanlieger unterhalb von Iffezheim die Situation wesentlich verschlechtert. Hatten sie einst einen Schutz gegen ein 200-jährliches Ereignis, so tritt infolge des Staustufenbaues ein gleich großes Ereignis nunmehr im Mittel alle 60 Jahre auf.  
Zu Wiederherstellung eines Schutzniveaus, wie es vor dem Ausbau des Oberrheins bestand, wurde das Integrierte Rheinprogramm (IRP), bestehend aus 13 Rückhalteräumen mit einem gesamten Rückhaltevolumen von 167,3 Mio. m<sup>3</sup>, im Januar 1996 vom Kabinett des Landes Baden-Württemberg beschlossen (UVM, 1996). Der Rückhalteraum Weil-Breisach ist der südlichste Rückhalteraum des integrierten Rheinprogramms des Landes Baden-Württemberg und trägt nach seiner Fertigstellung mit insgesamt 25 Mio. m<sup>3</sup> Rückhaltevolumen zum Hochwasserschutz bei.  
Er erstreckt sich rechtsrheinisch von der Mündung der Kander bei Märkt, Rhein-km 175,3 bis zur Karpfenhodmündung südlich von Breisach, Rhein-km 218,8. Er unterscheidet sich von allen anderen vorhandenen und geplanten Rückhalteräumen am Rhein dadurch, dass unmittelbar am Rhein gelegene, ehemalige Überflutungsflächen durch Bodenabtrag tiefer gelegt werden und sich darauf wieder eine natürliche Überflutungsaue entwickeln wird (teils durch natürliche Wiederbewaldung (Weiden und Pappeln), teils durch Rekultivierung). Insgesamt werden 20 Tieferlegungsflächen hergestellt.  
Der geplante Rückhalteraum ist 43,5 km lang, liegt in zwei Landkreisen und auf sieben Gemeinden. Rund 600 ha Fläche werden durch das Vorhaben unmittelbar oder mittelbar umgestaltet oder berührt. Zur Schaffung des

Rückhalteräume sind über 30 Mio. m<sup>3</sup> Erdmassen zu bewegen, der größte Teil besteht aus verwertbarem Kies. Nach bisherigem Vorgehen, geht der Kies in das Eigentum der mit den Erdbauarbeiten beauftragten Bauunternehmen über, welche den Rohstoffwert in Gegenrechnung zu den anderen Baukosten in Ihren Kalkulationen erfassen. Die Baukosten reduzieren sich damit um den Wert des übernommenen Kieses. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich 20 Jahre (planmäßige Fertigstellung 2028). In dem 2002 abgeschlossenen Raumordnungsverfahren (ROV) wurde der Rückhalteraum gesamthaft positiv beurteilt. Für die weitere Planung, die erforderlichen Planfeststellungsverfahren und den Bau wurden vier Abschnitte gebildet:

Abschnitt I: Teilflächen 1 bis 3, von Kanderamündung bei Märkt bis südlich Kleinkems, Landkreis Lörrach, Rhein-km 175,3 bis ca. 182,5. Im Bau seit 2009, vorgesehene Bauende ist 2018. / Abschnitt II: Teilflächen 4 bis 6, im Bereich NSG Kapellengrien, Landkreis Lörrach, Rhein-km 183,0 bis 185,4. Derzeit keine laufenden Arbeiten ( zurückgestellt gemäß raumordnerischer Beurteilung). Vorbereitung Planfeststellungsunterlagen ab 2022. Vorlage Planfeststellungsbeschluss in 2025, Soll-Baubeginn in 2026, Soll-Bauende: 2028. / Abschnitt III: Teilflächen 7 – 13 (dabei Teilfläche 11 in Teilflächen 11a und 11b unterteilt), nördlich der Kläranlage von Bad Bellingen bis zur NATO-Rampe bei Grißheim, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Rhein-km 190,6 bis 205,0. Planfeststellungsbeschluss liegt seit März 2013 vor, derzeit erfolgt die Vergabe der Ingenieurleistungen Lph. 5-9 gem. HOAI 2013. Soll-Baubeginn: 2014, Soll-Bauende: 2027. / Abschnitt IV: Teilflächen 14 – 18 (dabei Teilfläche 14 in Teilflächen 14a und 14b unterteilt), von der NATO-Rampe bei Grißheim bis zur Karpfenhohlmündung südlich von Breisach, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Rhein-km 206,6 bis 218,8. Derzeit werden die Planfeststellungsunterlagen vorbereitet - Planfeststellungsbeschluss Soll: 2016, Soll-Baubeginn: 2017, Soll-Bauende: 2028.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
71541000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**  
Projektsteuerung über das Gesamtprojekt Rückhalteraum Weil-Breisach und Projektsteuerung für jeden der 4 einzelnen Abschnitte entsprechend dem derzeitigen Projektstand für die nächsten 4 Jahre, sowie Mitwirkung bei der Beschaffung, Einrichtung und des Betriebens eines Projektkommunikationssystems des Auftraggebers. Die Leistungen sollen im Wesentlichen von einer Person erbracht werden welche über die gesamte Zeit der Beauftragung zur Verfügung steht.  
Geschätzter Wert ohne MwSt: 400 000 EUR

II.2.2) **Angaben zu Optionen**  
Optionen: ja  
Beschreibung der Optionen: Gemäß VOF 2009 / § 3 Vergabeart (4) e) beabsichtigt das RP Freiburg die Leistungen für weitere 4 Jahre im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb an den in diesem Verfahren auszuwählenden Auftragnehmer zu vergeben. Die entsprechenden Voraussetzungen liegen vor:  
- Die Wiederholung gleichartiger Leistung ist gegeben. Lediglich einige wenige spezielle Leistungen sind unterschiedlich. Dieser Umfang ist aber untergeordnet. Der Anschlussauftrag ist eine Wiederholung gleichartiger Leistungen aus dem ersten Auftrag.

- Der Grundentwurf das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens mit allen zugehörigen Unterlagen (welcher im Zuge der Ausschreibung in wesentlichen Teilen allen ausgewählten Bietern im Verhandlungsverfahren zur Verfügung gestellt wird).
  - Die Möglichkeit einer Anschlussbeauftragung wird in der Bekanntmachung des ersten Auftrags, also in dieser Veröffentlichung, hiermit bekannt gegeben.
- Rechtzeitig vor Ablauf der festgelegten Frist von 3 Jahren nach Auftragsabschluss des ersten Auftrags werden vom RP Freiburg entsprechende Verhandlungen mit dem AN aufgenommen. Dabei kann eine Verhandlung aber auch immer zu dem Ergebnis führen, dass keine Einigung erzielt wird. Deshalb besteht für das RP Freiburg keine Verpflichtung den Folgeauftrag an den Auftragnehmer des Erstauftrags vergeben zu müssen. Das RP Freiburg wird den Folgeauftrag nur vergeben wenn die Verhandlungen ein für den Auftraggeber zufriedenstellendes Ergebnis erbracht haben. Sollte der AG mit Art und / oder Qualität der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer des ersten Realisierungsabschnittes nicht zufrieden sein, werden die Verhandlungen zu keiner Einigkeit führen und die Folgebeauftragung wird nicht zustande kommen.
- Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:  
in Monaten: 36 (ab Auftragsvergabe)

**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

**II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Laufzeit in Monaten: 48 (ab Auftragsvergabe)

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Bedingungen für den Auftrag**

**III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:**

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 01.07.2013) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer jährlichen Deckung von mindestens 1,5 Mio. Euro bei Personenschäden und einer jährlichen Deckung von 1,5 Mio. Euro bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert).

Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist der Nachweis für die Deckungssumme bzw. vorgenannte Bestätigung eines Mitglieds aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung ausreichend.

**III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

- 1) Die Erbringung der einzelnen Leistungsphasen, sowohl für das Gesamtprojekt wie auch für die einzelnen Abschnitte, bedarf der jeweiligen Freigabe durch den Auftraggeber.
- 2) Allgemeine Vertragsbedingungen für Leistungen der Ingenieure und Landschaftsarchitekten in der Wasserwirtschaft (AVB-ING) - Ausgabe 2010 - Herausgeber: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser LAWA - Geschäftsstelle - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Leipziger Straße 58, 39112 Magdeburg.
- 3) Grundlage der Ausschreibung ist neben der VOF das Handbuch für Ingenieurverträge in der Wasserwirtschaft (HIV-Was), herausgegeben von der LAWA (Bund / Länder Arbeitsgemeinschaft Wasser).

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung der Bietergemeinschaft vorzulegen.

**III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Nachweis Rechtsform und Unterschriftenberechtigung: Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.7.2013) über die Rechtsform und die Unterschriftenberechtigung des Bewerbers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder - (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o.ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung). Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen. Bewerbungen / Erklärungen die einzig von Personen unterschrieben sind für die ein solcher Nachweis nicht vorliegt, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

b) Erklärung Bewerber- / Bietergemeinschaft (BIGE): Falls es sich bei dem Bewerber um eine Bewerber- / Bietergemeinschaft handelt, sind mit den Bewerbungsunterlagen folgende verbindliche gemeinsame Erklärungen aller Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft einzureichen: b1) Erklärung über die vorgesehene Rechtsform der Bewerber- / Bietergemeinschaft; b2) Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung; b3) Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter; b4) Erklärung über die Aufgabenverteilung innerhalb der Bewerber- / Bietergemeinschaft.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Erklärung über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied): Zur Bearbeitung des Auftrages darf der Auftragnehmer nur Nachunternehmer einsetzen welche dem Auftraggeber bekannt sind und deren Einsatz der AG zugestimmt hat. Aus diesem Grund sind Nachunternehmer vorab zu benennen;

b) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt (VOF 4 (2));

c) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass mindestens 70 % der zu vergebenden Leistungen durch Personal im eigenen Betrieb (bzw. den Betrieben der Bewerber- / Bietergemeinschaft) erbracht werden;

d) Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen;

e) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (VOF § 2 (3));

f) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß VOF § 4 (6), VOF § 4 (9) und VgV § 16 bestehen;

g) Abgabe eines Firmen- / Bewerberprofils mit Angaben zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und eventuellen Tochtergesellschaften, Standorten, wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Leistungsspektrum des Bewerbers;

h) Erklärung über den Umsatz (brutto) sowie die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten des Bewerbers jeweils insgesamt, sowie in Bezug auf die dieser Ausschreibung entsprechenden Dienstleistungen, jeweils für die letzten drei Geschäftsjahre (VOF 5 (4) c) - (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft).

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweise zur fachlichen Eignung durch Nennung von Erfahrungen gemäß den in den Bewertungskriterien genannten Anforderungen durch Nennung und Beschreibung von vergleichbaren erbrachten Leistungen von jeweils maximal 3 Projekten des Bewerbers (werden mehr als drei Projekte angegeben werden nur die ersten 3 gewertet) mit Angaben des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Name und Telefonnummer des Ansprechpartners), Beschreibung der erbrachten Leistungen, Projektbeschreibung, Planungsumfang, Fertigstellungstermin.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

**Abschnitt IV: Verfahren**

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die detaillierten Angaben zu Kriterien, Bewertung und Gewichtung sind den Unterlagen gemäß Ziffer VI.3 dieser Veröffentlichung zu entnehmen. Die wesentlichen Kriterien sind: Leistungsfähigkeit mit 10 %; Fachliche Eignung: hinsichtlich Projektsteuerung im Baubereich mit 10%, hinsichtlich Projektsteuerung für Projekte im Erd-, Tief- und Wasserbau mit 20 %, hinsichtlich Projektsteuerung für Projekte im Erd-, Tief- und Wasserbau über mehrere Jahre mit 20 %, hinsichtlich Projektsteuerung für Projekte im Erd-, Tief- und Wasserbau mit mehreren eigenständischen Unterabschnitten mit 20 %, hinsichtlich Projektsteuerung für Projekte mit großen Ausdehnungen im Planfeststellungsverfahren mit 10 %, hinsichtlich Beschaffung, Einrichtung und Betreuung eines auftraggebereigenen Projektkommunikationssystems mit 10 %.

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

AZ: 8961.21/010/43.0-1/001

- IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**  
nein
- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**
- IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
18.3.2014
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**  
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben**
- a) Alle Unterlagen zum Vergabeverfahren stehen auf der Internetseite [www.vof.istw.de](http://www.vof.istw.de) ab 24.01.2014 frei zugänglich und kostenlos zur Verfügung;
- b) Die Möglichkeit gemäß VOF § 5 (3) Erklärungen und Nachweise nachzufordern, wird nicht in Anspruch genommen. Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlussstermin vorzulegen. Nach dem Schlussstermin eingehende Bewerbungen sowie unvollständige Bewerbungen werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich lediglich vor nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;
- c) Die Bewerbung muss in Form des ausgefüllten Bewerbungsbogens (veröffentlicht als bearbeitbares Dokument auf der o.g. Internetseite) vorliegen;
- d) Die Bewerbung muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber- / Bietergemeinschaften bestimmte Person);
- e) Eine Erklärung aus der hervorgeht welche Personen die Leistung tatsächlich erbringen werden (VOF § 4 (3)), wird erst im Verhandlungsverfahren gefordert werden;
- f) Im Zuge der bisherigen Planungen waren bereits Dienstleister mit der Erbringung von Leistungen beauftragt. Dies war das Büro AEW Control (später Grontmij) welches in der Zeit von 2003 bis 2006 Leistungen der Projektsteuerung erbracht hat. Seit dem Zeitpunkt der damals durchgeführten Arbeiten und damit des damaligen Projektstands sind rund 8 Jahre vergangen, so dass keine aktuellen Erkenntnisse mehr dort vorliegen. Da die anstehenden Arbeiten durch die Projekt- und Leistungsbeschreibung alle Bewerber und Bieter ausführlich und detailliert über die anstehenden Arbeiten informiert ist keine Vorbefasstheit oder ein Wettbewerbsvorteil mehr gegeben. Der damals beauftragte Dienstleister wird daher nicht vom Verfahren ausgeschlossen;
- g) Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;

- h) Bewerbungsunterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinaus gehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;
- i) Die Bewerbungsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;
- j) Die Bewerbungsunterlagen sind mit der vorbereiteten Angebotskennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen (entsprechend VOF § 8 (3));
- k) Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierungspräsidium Karlsruhe - Vergabekammer Baden-Württemberg  
76133 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND  
E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Telefon: +49 7219264049  
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>  
Fax: +49 7219263985

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Verweis auf GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) § 107, insbesondere Ziffer (3), Absatz 4.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Regierungspräsidium Karlsruhe - Vergabekammer Baden-Württemberg  
76133 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND  
E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Telefon: +49 7219264049  
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>  
Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20.12.2013